

Die Selbstzerstörung Amerikas – von innen her

geschrieben von Chris Frey | 7. Mai 2023

Peter Murphy

Der Präsident der Vereinigten Staaten Joseph Biden wird von Woche zu Woche besessener vom Klimawandel. Ein aktuelles Beispiel ist sein jüngster Angriff auf die Automobilindustrie und die vielen Millionen Amerikaner, welche die von ihr produzierten Benzinautos mögen und brauchen, im letzten Monat. Diese Besessenheit und ihre weitreichenden Auswirkungen werden den Niedergang Amerikas als wohlhabende und mächtige Nation nur beschleunigen.

Die Biden-Regierung treibt die Preise für Benzinautos in die Höhe, um jedem, der es sich noch leisten kann, Elektroautos [aufzuzwingen](#). Dies geschieht durch neue drakonische [Emissionsnormen](#) für Neufahrzeuge ab 2027, die bis 2032 um mehr als die Hälfte gesenkt werden müssen.

Für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge gelten beispielsweise 186 Gramm Kohlendioxid pro Meile für die Modelle des Jahres 2026 als Norm, die die Regierung nun in neun Jahren auf 82 Gramm pro Meile senken will. Die Halbierung der ohnehin schon niedrigen Emissionswerte führt dazu, dass die Herstellung und der Verkauf von Autos teurer werden, was wiederum bedeutet, dass sich weniger Amerikaner ein Auto leisten und es besitzen können.

Analysten der Automobilindustrie und sogar die Washington Post [warnten](#) davor, wie aggressiv und unrealistisch diese vorgeschlagenen Emissionsvorschriften sind, und wiesen darauf hin, dass die Herstellung, der Verkauf und die Unterstützung einer solchen Menge von Elektroautos in naher Zukunft nicht möglich sind.

Kein Grund zur Beunruhigung, sagt [Albert Gore](#), der Geschäftsführer der Zero Admission Transportation Association (nicht der ehemalige Vizepräsident und Pionier der Klimaverrückten und -abzocker, sondern ein anderer Gore). Herr Gore [behauptet](#), dass die Vorschriften der Regierung „hervorragend umsetzbar“ sind und dass „Millionen von fortschrittlichen Arbeitsplätzen“ geschaffen werden.

Die Autoindustrie ist nur noch ein Schatten ihres früheren Selbst und verwandelt sich unaufhaltsam in eine Agentur der [US-]Bundesregierung. Man denke nur an die einst gepriesene Ford Motor Company, die im vergangenen Monat [bekannt](#) gab, dass die Elektroauto-Sparte des Unternehmens in diesem Jahr voraussichtlich 3 Milliarden Dollar verlieren und erst in drei Jahren, wenn überhaupt, Gewinne erzielen wird, wenn die Regierung nicht massiv eingreift. Der

Vorstandsvorsitzende von Ford [äußerte](#) sich auch zu Recht besorgt über die Anfälligkeit der Beschaffung von Mineralien für Elektrofahrzeug-Batterien aus Übersee.

In Orwellscher Manier versicherte uns Michael Regan, der Leiter der Umweltschutzbehörde, dass diese Emissionsvorschriften „den Markttrends folgen“ und dass die Regierung die Autohersteller nicht dazu zwingt, Elektrofahrzeuge zu produzieren. Er [behauptete](#) weiter, dass die Vorschriften über die Lebensdauer eines Fahrzeugs, das nicht den Emissionsnormen unterliegt, 12.000 Dollar einsparen werden. Mit anderen Worten: Da Benzinfahrzeuge viel teurer werden – durch die Regierung, nicht durch den „Markt“ – und mehr Wartungsarbeiten wie Ölwechsel benötigen, werden die Verbraucher angeblich bei Elektrofahrzeugen Geld sparen.

Margo Oge, eine ehemalige Leiterin der EPA-Abteilung für Transport und Luftqualität während der Obama-Regierung, stellte klar, dass es bei diesen neuen Vorschriften darum geht, „die schlimmsten Aspekte des Klimawandels zu reduzieren“, darunter Hurrikane, Tornados und Waldbrände, wie CBS News [berichtet](#). Bezeichnenderweise gibt es keinen Hinweis darauf, dass CBS Frau Oge oder andere Klimaextremisten nach [Beweisen](#) dafür gefragt hat, dass niedrigere CO₂-Emissionen das Wetter beeinflussen werden.

Die einzige Möglichkeit, diese neuen Emissionsnormen für Kraftfahrzeuge durchzusetzen, ist ein massiver staatlicher Eingriff in den Markt, und zwar nicht nur durch Vorschriften, sondern auch durch massive Subventionen aus Steuergeldern für Autohersteller und Verbraucher, um das ganze selbstzerstörerische Unterfangen zu unterstützen, einschließlich dieser „Millionen“ neuer Arbeitsplätze. In der Tat geht es bei der so genannten „grünen“ Politik, die Windkraft, Solarenergie und [Elektrofahrzeuge](#) [in deutscher Übersetzung [hier](#)] erzwingen soll darum, den freien Markt, die Präferenzen der Verbraucher und die Freiheit selbst umzustürzen.

Bevor die amerikanischen Verbraucher beim Kauf von Elektroautos Geld „sparen“, werden wir alle viel mehr an Autopreisen, Steuern und allgemeiner Inflation (durch mehr Staatsverschuldung) zahlen müssen, um den erzwungenen Übergang zu Elektroautos zu schaffen. Dies ist keine theoretische Vorhersage. Die Klimapolitik Bidens führt dazu, dass dies bereits jetzt geschieht.

Vorschriften zur Senkung der Kohlenstoffemissionen könnten ebenfalls weit hinter den Erwartungen zurückbleiben. Eine kürzlich in der Fachzeitschrift *Productions and Operations Management* veröffentlichte [Studie](#) hat ergeben, dass die von der Europäischen Union zwischen 2000 und 2014 erlassenen niedrigeren Emissionsnormen nicht zu einer Verringerung der Emissionen im Straßenverkehr geführt und die Wahrscheinlichkeit der Nichteinhaltung durch die Automobilhersteller erhöht haben.

Da sich immer mehr Amerikaner kein eigenes Auto leisten können, weder mit Benzin noch mit Elektroantrieb, werden unsere Freiheit und die Wahl unseres Lebensstils immer mehr eingeschränkt, auch was unseren Arbeits- und Wohnort angeht. Das ist **letztlich** das **Ziel** der **Extremisten** des Klimawandels, nämlich mehr Amerikaner dazu zu zwingen, in Städten in „nachgerüsteten“ Hochhäusern zu leben, den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen und Fahrrad zu fahren – alles in dem vergeblichen Bemühen, die Kohlenstoff-Emissionen zu senken und den Planeten zu retten, was weder gesichert noch nachweisbar ist.

Die Einführung teurerer und restriktiverer Lebensstandards führt zu einem weniger freien und schwächeren Amerika. Diese unheilvollen Trends beschränken sich nicht nur auf die Bereiche Verkehr und Energie, sondern umfassen auch das Schwinden der verfassungsmäßigen Freiheiten. Die gleiche expandierende Regierung, die darauf aus ist, die Wirtschaft der Nation und die Art und Weise, wie wir leben umzugestalten, will gleichzeitig kontrollieren, was Sie wissen und was Sie glauben dürfen, von der Covid-Politik über den Klimawandel bis hin zu Fragen der nationalen Sicherheit und mehr.

Die Beschleunigung der Abschaffung von Benzinautos mit fadenscheiniger Rhetorik und wissenschaftlich klingendem planetarischem Alarmismus ist ein hervorstechendes Beispiel dafür, dass es bei der Klimapolitik darum geht, dass die Regierung „die vollständige Macht ausübt, Opposition und Kritik gewaltsam unterdrückt [und] die gesamte Industrie [und] den Handel reglementiert“.

Das Wörterbuch definiert das als **„Faschismus“**.

Autor: *Peter Murphy is Senior Fellow at CFACT. He has researched and advocated for a variety of policy issues, including education reform and fiscal policy, both in the non-profit sector and in government in the administration of former New York Governor George Pataki. He previously wrote and edited The Chalkboard weblog for the NY Charter Schools Association, and has been published in numerous media outlets, including The Hill, New York Post, Washington Times and the Wall Street Journal.*

Link:

<https://www.cfact.org/2023/04/29/the-self-destruction-of-america-from-within/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE